

Bald-Staatssekretärin

Islam-Streit in der SPD: Müllers Neue sorgt für Ärger

B.Z.

8. Dezember 2016 08:34 Aktualisiert 08:34

Sie ist noch nicht einmal im Amt, doch die Personalie Sawsan Chebli (38) beschert Berlins Sozialdemokraten bereits die erste Austritts-Drohung! Die künftige Staatssekretärin hatte sich wiederholt für Kopftuch und Scharia ausgesprochen. [\(Kommentar: Das klingt danach, als habe Frau Chebli für die Einführung der Schari`a in Deutschland und eine bundesweite Kopftuchpflicht plädiert. So bringt man den Leser schon einmal vorsorglich dazu, das sich ihm die Nackenhaare aufstellen.\)](#)

Von Olaf Wedekind und Victor Reichardt

Am Dienstag hatte Regierungschef Michael Müller (51, SPD) die derzeitige Vize-Sprecherin des Auswärtigen Amtes als künftige Staatssekretärin für Bund-Länder-Koordination vorgestellt. Doch die Rückkehr der Politikwissenschaftlerin mit palästinensischen Wurzeln in den Senat (2010–2014 Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten unter Ex-Innensenator Ehrhart Körting) sorgt in der Partei für Unverständnis. Der Grund: die Haltung der bekennenden Muslima zur eigenen Religion. [\(Kommentar: Welche Haltung sie hat, wird erst einmal nicht erwähnt, aber es entsteht schon einmal der Eindruck: ihre Haltung ist auf jeden Fall falsch. Das verwundert den Leser, denn der Blick auf Frau Chebli zeigt eine junge Frau, der man Religiösität nicht unbedingt ansieht. Daher kann man nur vermuten, dass von ihr eine permanente Distanzierung erwartet wird und dass der Mangel daran die Haltung ist, die sie als Staatssekretärin disqualifiziert.\)](#)

Özkaraca ist gegen Cheblis Pläne

Als „fatal“ bezeichnet ihr Neuköllner Parteikollege Erol Özkaraca (53) die Entscheidung gegenüber B.Z. „Chebli gehört zu den Genossen, die eine Brücke zu islamistischen Vereinen bauen will. Das halte ich politisch für absolut falsch.“ [\(Kommentar: Was unter dem Bau einer "Brücke zu islamistischen Vereinen" gemeint ist, bleibt der Fantasie der Leser überlassen und wie die auf das Wort Islamismus reagiert, ist hinlänglich bekannt. Es wäre schön gewesen, wenn diese Vereine mal beim Namen genannt worden wären, damit man eine Vorstellung davon hat, was Herr Özkaraca für islamistisch hält.\)](#)

Cheblis Vorhaben

Wiederholt hatte sich die SPD-Frau, die in einem religiös-konservativen Elternhaus mit zwölf Geschwistern in Moabit aufwuchs, für Kopftuch und Scharia ausgesprochen. In einem gemeinsamen FAZ-Interview mit Michael Müller vor der Wahl verteidigte sie das islamische Recht als „absolut kompatibel“ mit dem Grundgesetz, da es „zum größten Teil das Verhältnis zwischen Gott und den Menschen regelt“. Das Kopftuch verteidigte sie im Tagesspiegel als

„religiöse Pflicht“. Einen Euro-Islam lehnt sie ab („Ein innerislamischer Prozess, der auch nicht von außen bestimmt werden sollte“). Ihr Vater könne zwar „weder lesen noch schreiben“, sei „aber integrierter als viele Funktionäre der AfD“.

(Kommentar: Halten wir fest: Unqualifiziert für einen Posten als Staatssekretärin ist eine Muslima, die der Meinung ist, Scharia und Grundgesetz seien kompatibel, auch wenn sie ihre Auffassung theologisch belegt (wohl in der Hoffnung, dass das Gegenüber einem auch nur minimal differenzierten Bild der Scharia zugänglich ist). Unqualifiziert ist sie auch, weil sie das Kopftuch als religiöse Pflicht beschreibt und damit auf der Linie liegt, die das Bundesverfassungsgericht nunmehr in mehreren Verfahren (2 BvR 1436/02, 1 BvR 471/10 und 1 BvR 1181/10 sowie 1 BvR 354/11) deutlich gemacht hat. In den genannten Verfahren attestierte das Gericht den Klägerinnen, dass sie das Gebot einer religiösen Bedeckung logisch argumentieren konnten und damit den Grundrechtsschutz aus Artikel 4 GG genießen. Auch wenn man von der B.Z. solche Rechtskenntnisse vielleicht nicht erwarten kann, so aber doch von Herrn Özkaraca, der schließlich in Berlin Jura studiert hat und als Anwalt tätig ist. Man darf sicherlich davon ausgehen, dass er seine Klienten auf der Grundlage der deutschen Rechtsordnung vertritt und nicht auf einer, die er sich selbst zurechtgebastelt hat. Einen Euro-Islam lehnt nicht nur Frau Chebli ab, weil damit ganz bestimmte Konnotationen verbunden sind, die auch mit der hiesigen Rechtsordnung nicht vereinbar sind. Kurz und gut: alle hier geäußerten Statements stimmen mit der deutschen Rechtsordnung überein. Das sollte eigentlich ein Merkmal sein, das sie qualifiziert und nicht disqualifiziert. Interessant und vielsagend ist, dass trotz ihrer rechtstreuen Aussagen, lt Überschrift sie diejenige ist, die Ärger verursacht....)

Die studierte Politologin Sawsan Chebli stammt aus einer palästinensischen Familie (Foto: dpa)

Geht Özkaraca?

Özkaraca droht deshalb jetzt sogar mit Parteiaustritt, befürchtet u. a. eine Abkehr vom Berliner Neutralitätsgesetz. „Wenn Müller diese Entscheidung trifft, habe ich keine Chance meine Auffassung in dieser Partei zu vertreten“, so der frühere Parlamentarier. (Kommentar: Herr Özkaraca fürchtet zu Recht, dass das Berliner Neutralitätsgesetz nicht von Bestand sein wird. Allerdings ist nicht Frau Chebli diejenige, die man dafür verantwortlich machen kann. **Die SPD-Fraktion selbst** hat beim Wissenschaftlichen Parlamentsdienst des Abgeordnetenhauses von Berlin ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Verfassungsmäßigkeit des Neutralitätsgesetzes mehr als in Frage stellt. Es ist also verwunderlich, dass Herr Özkaraca nicht nach dem Gutachten schon ausgetreten ist, es sei denn, er hatte die Hoffnung, durch seinen Einfluss seine Partei dazu zu bringen, weiterhin an einem Gesetz festzuhalten, dass gegen die Verfassung verstößt. Das ist allerdings ein etwas seltsames politisches Ziel, vor allem, wenn man selbst Anwalt ist.)

Sawsan Chebli war am Mittwoch für eine Stellungnahme nicht erreichbar.